

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Donnerstag, dem 26. September 1985

am Freitag, dem 27. September 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
(Fragen gemäß Nummern 15 und 16 der Richtlinien für die Fragestunde)			
Zander (SPD)	01, 02	Linsmeier (CDU/CSU)	2
Bindig (SPD)	16, 17	Löffler (SPD)	28
Dr. Blank (CDU/CSU)	72, 73	Lutz (SPD)	24, 25
Frau Borgmann (DIE GRÜNEN)	18	Milz (CDU/CSU)	58
Broll (CDU/CSU)	84, 85	Neumann (Bramsche) (SPD)	6, 7
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	48, 49	Dr. Nöbel (SPD)	61, 62
Clemens (CDU/CSU)	70, 71	Dr. Olderog (CDU/CSU)	50, 51
Duve (SPD)	79	Rapp (Göppingen) (SPD)	87, 88
Fellner (CDU/CSU)	63, 64	Frau Roitzsch (Quickborn) (CDU/CSU)	52, 53
Fiebig (SPD)	76, 77	Dr. Rose (CDU/CSU)	22, 23
Gilges (SPD)	82, 83	Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)	20
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	19	Schartz (Trier) (CDU/CSU)	91, 92
von Hammerstein (CDU/CSU)	80, 81	Schily (DIE GRÜNEN)	4, 5
Dr. Hauchler (SPD)	8, 9	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	33, 34
Herterich (SPD)	14, 15	Schulte (Menden) (DIE GRÜNEN)	39, 40
Frau Hoffmann (Soltau) (CDU/CSU)	29, 30	Senfft (DIE GRÜNEN)	46, 47
Dr. Hupka (CDU/CSU)	65, 66	Dr. Sperling (SPD)	75
Dr. Jobst (CDU/CSU)	54, 55	Stahl (Kempfen) (SPD)	35, 36
Kalisch (CDU/CSU)	21, 69	Frau Steinhauer (SPD)	59, 60
Kirschner (SPD)	26, 27	Stiegler (SPD)	1, 93
Dr. Klejdzinski (SPD)	56, 57	Ströbele (DIE GRÜNEN)	41, 42
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	31, 32	Tillmann (CDU/CSU)	37, 38
Kuhlwein (SPD)	89, 90	Toetemeyer (SPD)	12, 13
Lange (DIE GRÜNEN)	45	Verheugen (SPD)	10, 11
Lattmann (CDU/CSU)	86	Vogel (München) (DIE GRÜNEN)	74
Dr. Laufs (CDU/CSU)	67, 68	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	3, 78
		Werner (Westerland) (DIE GRÜNEN)	43, 44

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	16

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

**(Fragen gemäß Nummern 15 und 16 der Richtlinien
für die Fragestunde)**

- | | |
|--|--|
| 01. Abgeordneter
Zander
(SPD) | Für welches Haushaltsjahr ist die erste Rate einer Finanzierung des sogenannten Alleentunnels in Frankfurt/Main vorgesehen, und welche Haushaltsmittel des Bundes stehen für dieses Projekt insgesamt bereit? |
| 02. Abgeordneter
Zander
(SPD) | Mit welcher Priorität ist das Projekt „Alleentunnel“ in der Planung des Bundes versehen, und welche anderen Verkehrsprojekte würden bei einer Heraufstufung in der Prioritätenliste zurückgesetzt werden müssen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

1. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Für wie viele chemische Stoffe sind inzwischen MAK-Werte und BAT-Werte (biologische Arbeitsplatztoleranzwerte) festgelegt, und nach welchem Forschungsprogramm fördert die Bundesregierung die Weiterentwicklung und Verbesserung der Erkenntnisse auf diesem Gebiet, insbesondere auch im Hinblick auf die synergetische Wirkung verschiedener Stoffe?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

2. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU)

Welche Auswirkungen auf die deutsche Produktion und den deutschen Markt für Agraralkohol aus Brennereien hat der Stop des Einfuhrzolls auf französischen Agraralkohol?
3. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)

Welche Schritte plant die Bundesregierung bezüglich der Abgrenzung von Gemeinnützigkeit bei Vereinsfesten und Vereinsgaststätten gegenüber der kommerziellen Gastronomie, um zu verhindern, daß die Wettbewerbsverzerrung sich in diesem Bereich noch weiter vergrößert?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

4. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)

Ist von einem Mitglied oder Mitarbeiter der Bundesregierung, möglicherweise von Bundeskanzler Kohl selbst, erklärt worden, er, Bundeskanzler Kohl, stehe nach wie vor zu dem Maßnahmenkatalog der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Pretoria, oder hat Bundeskanzler Kohl in einem Telefongespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß am 17. September 1985 geäußert, daß er keine wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen gegenüber Südafrika billigt?
5. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)

Trifft die Darstellung der CSU-Landesleitung (Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 18. September 1985) zu, daß die Behauptung, Bundeskanzler Kohl stehe nach wie vor zu dem Maßnahmenkatalog der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Pretoria, „frei erfunden und erlogen“ sei?
6. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)

Ist der Bundeskanzler während der Luxemburger Ministertagung vom 10. September 1985 über den Fortgang der Verhandlungen informiert worden, und hat er darauf Einfluß genommen?

7. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD)
- Teilt der Bundeskanzler die Feststellung, die Bundesminister Dr. Warnke im Namen mehrerer Kabinettsmitglieder auf der Kabinettsitzung vom 18. September 1985 zu Protokoll gegeben hat, daß auf der Kabinettsitzung vom 11. September 1985 kein Beschluß zur Beteiligung der Bundesregierung an den EG-Maßnahmen zu Südafrika gefaßt worden ist?
8. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD)
- Teilt der Bundeskanzler die Feststellung des Bundesministers des Auswärtigen, die dieser auf der Kabinettsitzung vom 18. September 1985 zu Protokoll gegeben hat, daß der Bericht des Bundesministers des Auswärtigen vom 11. September 1985 im Kabinett widerspruchsfrei zur Kenntnis genommen und damit einschließlich der operativen Konsequenzen – Änderungskündigung des Kulturabkommens mit Südafrika – akzeptiert wurde?
9. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD)
- Wie beurteilt der Bundeskanzler die Tatsache, daß die CSU-Bundesminister erst am Montag, dem 16. September 1985, nach einem Zusammentreffen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß erkannt haben, daß im Bundeskabinett am 11. September 1985 kein Beschluß zur Beteiligung der Bundesregierung an den EG-Maßnahmen zu Südafrika gefaßt worden ist?
10. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Unterstützt der Bundeskanzler die im Rahmen der Europäischen Zusammenarbeit (EPZ) von den Außenministern der EG am 10. September 1985 in Luxemburg beschlossenen Maßnahmen gegenüber Südafrika, oder sind die unter Berufung auf die CSU-Landesleitung veröffentlichten Berichte zutreffend, die Behauptung, der Bundeskanzler stehe zum Katalog der EG, sei „frei erfunden und erlogen“?
11. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundeskanzler gegenüber dem bayerischen Ministerpräsidenten die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für alle Bewohner Südafrikas für „undurchführbar und unverantwortlich“ erklärt hat, wie unter Berufung auf die CSU-Landesleitung am 18. September 1985 von der „Süddeutschen Zeitung“ berichtet wurde?
12. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Hat der Bundeskanzler im Kabinett einen Beschluß herbeigeführt, der die Änderungskündigung des Kulturabkommens mit Südafrika vorsieht?
13. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Kann der Bundeskanzler bestätigen, daß das gesamte Bundeskabinett die inzwischen ausgesprochene Änderungskündigung des Kulturabkommens mit Südafrika trägt?

14. Abgeordneter
Herterich
(SPD)
- Hat der Bundeskanzler die Frage geprüft, ob die Änderungskündigung des Kulturabkommens mit Südafrika rechtswirksam ist, wenn kein formeller Beschluß des Kabinetts dazu vorliegt?
15. Abgeordneter
Herterich
(SPD)
- War die Feststellung des Regierungssprechers Ost nach der Kabinettsitzung vom 11. September 1985, daß kein Beschluß zur Änderungskündigung des Kulturabkommens mit Südafrika gefaßt worden sei, weil dem Kabinett keine Tischvorlage vorgelegen habe, mit dem Bundeskanzler abgesprochen?
16. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Treffen Berichte zu, daß Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Strauß auf ihrem Treffen am 10. September 1985 eine völlige Übereinstimmung erzielt haben, daß keinerlei wirtschaftliche Sanktionen oder Boykottmaßnahmen von deutscher Seite gegenüber Südafrika zu verhängen seien?
17. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Treffen Berichte zu, daß Bundeskanzler Kohl keine Bedenken gegen die EG-Maßnahmen zu Südafrika hat, weil nach seiner Meinung die dort vereinbarten Maßnahmen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Südafrika und der Bundesrepublik Deutschland nicht berühren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

18. Abgeordnete
Frau Borgmann
(DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung trotz der krisenhaften Zuspitzung der Lage in Südafrika und der zunehmenden internationalen Sanktionsmaßnahmen immer noch, ein Goethe-Institut in Johannesburg zu eröffnen, und wie begründet sie ihre Haltung?
19. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Welche konkreten Konsequenzen werden von der Bundesregierung aus der sofortigen „Suspendierung“ des Kulturabkommens mit Südafrika – vor allem auch im Schulbereich – gezogen?
20. Abgeordneter
Sauer (Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß erneut deutsche Landsleute in Oberschlesien – wie in der Stalin-Ära – in verstärktem Maße schikaniert werden, daß sie als Teilnehmer an Wallfahrten (z. B. in Deutsch-Piekar O/S) als „öffentliche Unruhestifter“ deklariert, mit Bußgeldern belegt und als Besucher der Bundesrepublik Deutschland, wenn sie an landsmannschaftlichen Veranstaltungen teilnehmen, bespitzelt und mit disziplinaren Maßnahmen bedroht werden, und wenn ja, was hat die Bundesregierung diesbezüglich unternommen?

21. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU) Wie viele Deutsche leben gegenwärtig noch in Ost- und Südosteuropa, und von wie vielen dieser Personen sind dem Deutschen Roten Kreuz gegenwärtig Übersiedlungswünsche ins Bundesgebiet bekannt?
22. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Beurteilt die Bundesregierung die in Pressemeldungen Mitte September erwähnten Selbstmordfälle im Auswärtigen Amt als Folge unzureichender Personalausstattung?
23. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung zur Lösung der angedeuteten Personalstrukturprobleme des Auswärtigen Amtes die vermehrte Einsetzung von Medizinem und Psychiatern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

24. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Kann die Bundesregierung die Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit bestätigen, daß für 1986 ein Defizit von 2,3 Milliarden DM zu erwarten ist, und hält die Bundesregierung weiter an dem Plan fest, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag zu senken?
25. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Sind die mit den Tarifparteien am 5. September 1985 besprochenen Maßnahmen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit angesichts dieser Entwicklung aus den sogenannten Überschüssen finanzierbar, und ist die Bundesregierung bereit, für die notwendigen arbeitsfördernden Maßnahmen die erforderlichen Mittel bereitzustellen?
26. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie war die Schichtung der zeitlichen Dauer der Arbeitslosigkeit (unter einem Monat, mehr als ein Monat, länger als drei Monate, länger als sechs Monate, länger als ein Jahr, länger als zwei Jahre) im September 1985 (absolut und prozentual)?
27. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie ist nach der neuesten Erhebung die Einkommenschichtung der Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

28. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Hat beim Internationalen Panzerwettschießen (CAT '85) der Leopard II die hohen Erwartungen erfüllt, die bei der Beschaffung dieses Systems bestanden und dargelegt wurden, insbesondere im Hinblick auf die neuartige Kanone?

29. Abgeordnete
Frau Hoffmann (Soltau)
(CDU/CSU) Welche Beiträge zum Umweltschutz leistet die Bundeswehr im Zuge und am Rande der Erfüllung ihres friedenserhaltenden Auftrages?
30. Abgeordnete
Frau Hoffmann (Soltau)
(CDU/CSU) Welche Bemühungen unternimmt die Bundeswehr dazu im einzelnen, insbesondere im Bereich des militärisch besonders stark belasteten Kreises Soltau-Fallingbommel sowie auch des Kreises Rotenburg (Wümme)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

31. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Welche Kosten entstünden nach Meinung der Bundesregierung für die Krankenkassen, wenn das Verhütungsmittel „Pille“ auf Krankenschein verschrieben werden dürfte, und wie könnte dies finanziert werden?
32. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Wie schätzt die Bundesregierung die Wirkung einer solchen Maßnahme ein?
33. Abgeordnete
Frau Schmidt (Nürnberg)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, die bisherige Leiterin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Mißachtung der Entscheidungen des Arbeitsgerichts Bonn vom 7. Juni und vom 27. August 1985 in ihrer Funktion nicht weiterzubeschäftigen?
34. Abgeordnete
Frau Schmidt (Nürnberg)
(SPD) In welcher Höhe sind bzw. werden Kosten aus diesem Arbeitsgerichtsprozeß entstehen, und wie sind diese aufgeschlüsselt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

35. Abgeordneter
Stahl (Kempfen)
(SPD) Auf Grund welcher neuer Gutachten und Zahlen wurde der Ausbau der BAB 52, Teilstück Hostert/Waldniel des westlich Elmpt (Staatsgrenze) bei der Vorlage des neuen Bundesfernstraßenausbauplanes durch den Bundesminister für Verkehr nicht in die Stufe „vordringlicher Bedarf“ genommen?
36. Abgeordneter
Stahl (Kempfen)
(SPD) Trifft es zu, daß der Bundesminister für Verkehr seine Meinung inzwischen geändert hat und den Weiterbau der BAB 52 bis zur Staatsgrenze als „vordringlichen Bedarf“ ausweisen will, und wenn ja, warum?

37. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Ist die in einer Zeitungsanzeige gemachte Feststellung richtig, daß die Unfallbilanz auf den Highways der Vereinigten Staaten von Amerika gravierend schlechter ist als die auf den bundesdeutschen Autobahnen, obwohl es für diese Straßen in den USA eine rigorose Geschwindigkeitsbegrenzung gibt, während in der Bundesrepublik Deutschland die Richtgeschwindigkeit von 130 Kilometer/Stunde ohne verbindliches Tempolimit gilt?
38. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Entspricht die in einer Zeitungsanzeige aufgestellte Behauptung den Tatsachen, daß in den USA im Jahre 1984 mehr als 195 Menschen pro eine Million Einwohner bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben kamen, also 64 v. H. mehr als in der Bundesrepublik Deutschland mit 125 Verkehrstoten pro eine Million Einwohner, und stimmt es, daß trotz der Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Highways in den USA 28 800 von 45 800, also fast 63 v. H. der Verkehrstoten, außerorts zu beklagen waren?
39. Abgeordneter
Schulte
(Menden)
(DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung Untersuchungen von Meteorologen bekannt, die eine nennenswerte Erhöhung des Bewölkungsgrades über Teilen Europas durch den Luftverkehr (Kondensationsstreifen) festgestellt haben, und welche nachteiligen klimatischen Folgen ergeben sich daraus?
40. Abgeordneter
Schulte
(Menden)
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, daraus praktische Folgerungen für die Durchführung des Luftverkehrs (z. B. Änderung der Flughöhen in Anlehnung an den Luftdruck) zu ziehen und die negativen Folgen intensiver als bisher zu untersuchen?
41. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der GRÜNEN, daß der Luftverkehr im Düsseldorfer Luftraum durch den dort laufenden Feldversuch zur zivil-militärischen Flugsicherung (Sobernheimer Konzept) unsicherer geworden ist?
42. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es in dem von der Düsseldorfer Regionalstelle für Flugsicherung kontrollierten Luftraum im Zeitraum Mitte Juni/Mitte Juli 1985 zu mindestens 101 Vorkommnissen gekommen ist, Vorkommnissen, die von der militärischen und zivilen Seite gemeldet wurden und unstreitig auf das Sobernheimer Konzept zurückzuführen sind?
43. Abgeordneter
Werner
(Westerland)
(DIE GRÜNEN)
- Welchen Sinn sieht die Bundesregierung in dem „Sobernheimer Konzept“, wenn die beiden Grundforderungen – Sicherheit und Wirtschaftlichkeit – damit nicht erfüllt werden können?

44. Abgeordneter
Werner
(Westerland)
(DIE GRÜNEN)
- Für welchen Zeitraum hat die Bundesregierung den Feldversuch in Düsseldorf zum „Sobernheimer Konzept“ angesetzt?
45. Abgeordneter
Lange
(DIE GRÜNEN)
- Wie grenzt die Bundesregierung organisatorisch die Sicherheitsbedürfnisse der zivilen und militärischen Teilnehmer an der Luftfahrt gegeneinander ab, und wie gedenkt sie weiter zu verfahren, wenn das „Sobernheimer Konzept“ gescheitert ist?
46. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß der Vizepräsident des Bundesamtes für Flugsicherung aus Sicherheitsgründen die Dienststellenleitung in Düsseldorf per Telex angewiesen hat, entgegen der Arbeitsgrundlage des Feldversuchs zur sektorbezogenen Koordination zurückzugehen?
47. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung organisatorische Vorkehrungen getroffen, um die durch den Feldversuch auf die Fluglotsen hinzugekommenen hohen Belastungen im Interesse der Flugsicherheit in Düsseldorf zu vermeiden?
48. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die Gewinne der Deutschen Bundesbahn 1983, 1984 und 1985 im Fährschiffbetrieb auf der Vogelfluglinie, und welche Gewinne und Arbeitsplatzchancen sind ihr bisher dadurch entgangen, daß sie deutsche Transportanteile den Dänischen Staatsbahnen überlassen hat?
49. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Bis wann und für welche Transporte beabsichtigt die Deutsche Bundesbahn, das Fährschiff Theodor Heuss nach Indienststellung eines deutschen Fährschiffneubaus weiter auf der Vogelfluglinie einzusetzen?
50. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)
- Wie stark wird sich auf Grund der zwischen den Eisenbahnen Schwedens, Dänemarks und der Bundesrepublik Deutschland am 5. April 1984 in Köln getroffenen Vereinbarungen der Schienengüterverkehr auf der Vogelfluglinie erhöhen, und reichen die Kapazitäten der deutschen Fährschiffe und des Schienennetzes von Puttgarden bis Lübeck für den zusätzlichen Verkehr aus?
51. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)
- Ist gegenwärtig und zukünftig gewährleistet, daß im Fährverkehr zwischen Puttgarden und Rödby die anfallenden Transportleistungen zu gleichen Teilen auf die Deutsche Bundesbahn (DB) und die Dänischen Staatsbahnen verteilt werden, und welche Schritte will die DB erforderlichenfalls ergreifen?

52. Abgeordnete
Frau Roitzsch
(Quickborn)
(CDU/CSU)
- Wird die Erhöhung des Schienengüterverkehrs auf der Vogelfluglinie ab 1986 zu einer Beeinträchtigung des Personenkraftwagen- und Lastkraftwagentransports auf deutschen Fähren führen, und wie will die Deutsche Bundesbahn gegebenenfalls eintretenden Engpässen begegnen?
53. Abgeordnete
Frau Roitzsch
(Quickborn)
(CDU/CSU)
- Wie ist organisatorisch im Betrieb der Deutschen Bundesbahn gewährleistet, daß sie rasch und ökonomisch sinnvoll die notwendigen Entscheidungen für den gewinnreichen Fährverkehr trifft, und wie haben sich diese Maßnahmen bisher bewährt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

54. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung berücksichtigt, daß bei einer erheblichen Erhöhung der Gebühr für Kabelanschlüsse von Eigenheimen, wie sie der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen angekündigt hat, eine schwerwiegende Belastung der Bewohner der ländlichen Regionen und des Zonenrandgebietes gegenüber denjenigen in den Ballungsgebieten herbeigeführt wird?
55. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung ihre Haltung überprüfen und bei einer Neugestaltung der Gebühren für Kabelanschlüsse auch die Interessen der Bevölkerung der ländlichen Räume gebührend berücksichtigen?
56. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung für den künftigen Rundfunksatelliten TV-SAT die neue Fernsehnorm D-2 MAC einführen wird, und wenn ja, ist der Bundesregierung dann bekannt, daß die Programme des TV-SAT nur mit einem teureren Vorsatzgerät empfangen werden können, die zudem ab 1986 nur in beschränkter Stückzahl dem Markt zur Verfügung stehen werden?
57. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Entscheidung zur Folge haben wird, daß der TV-SAT auf längere Sicht mit den Nachrichtensatelliten gleichgestellt wird, weil die TV-SAT-Programme überwiegend über Kabelanlagen, nicht jedoch über Dachparabolantennen empfangen werden können, und wenn ja, teilt die Bundesregierung dann meine Meinung, daß die Ausgaben der Bundesregierung für die technische Entwicklung des direkt abstrahlenden Rundfunksatelliten damit zweckentfremdet werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

58. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung einen politischen Handlungsbedarf zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze, insbesondere im ländlichen Raum?
59. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Trifft es zu, daß der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft die Teilnahme an der Eröffnungsveranstaltung des am 30. September 1985 beginnenden Romanistentages abgelehnt hat, falls diese in den Räumen der Universität-Gesamthochschule Siegen stattfindet, und wird die Eröffnungsveranstaltung – im Gegensatz zur Tagung selbst – aus diesem Grunde außerhalb der Universität-Gesamthochschule Siegen durchgeführt?
60. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Wie wird eine solche Einstellung begründet, und kann man daraus schließen, daß Hochschulen für den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft ein Tabubereich sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

61. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Ausstellung von als „Presseausweis“ bezeichneten Papieren in der Bundesrepublik Deutschland keinen Beschränkungen unterliegt, weil ein auf Grund einer Vereinbarung über die Gestaltung und Ausgabe von Presseausweisen vom 1. Januar 1964 in der Fassung vom 1. Januar 1982 zwischen dem Bundesminister des Innern, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, den Innenministern (Senatoren) der Bundesländer (ohne Saarland), dem Deutschen Journalisten-Verband, der Deutschen Journalisten-Union in der IG Druck und Papier, der DAG, dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger und dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger ausgegebener Ausweis von anderen täuschend nachgeahmt und an jedermann – oft zu einem sehr hohen Preis – verkauft wird?
62. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung gegen diesen Mißstand, der die Journalisten trifft, zu unternehmen?
63. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen wurden von Bund und Ländern seit dem starken Anstieg der Asylbewerberzahlen Ende der 70er Jahre ergriffen, um die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen?

64. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wurde das Personal des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in den letzten Jahren erhöht, und welche Stellenvermehrungen sind in der gegenwärtigen Situation vorgesehen?
65. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie viele Polen, die in den letzten Jahren in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind, haben ein Asylverfahren beantragt, und wie viele Asylanträge sind abgelehnt worden?
66. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie viele Polen sind in den letzten Jahren in die Bundesrepublik Deutschland eingereist und haben sich bei den Einwohnermeldeämtern registrieren lassen, und wie hoch wird die Zahl der Polen geschätzt, die sich nicht haben registrieren lassen?
67. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wie viele ausländische Flüchtlinge leben gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland, und weshalb trifft die Zahlenangabe des UNHCR für 1984 aus der Weltflüchtlingskarte nicht zu?
68. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wie viele ausländische Flüchtlinge halten sich gegenwärtig in den anderen westeuropäischen Staaten auf, und was ergibt ein Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland?
69. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU)
- Wie viele deutsche Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa und wie viele Flüchtlinge aus der DDR hat die Bundesrepublik Deutschland seit 1950 aufgenommen, wie viele kamen seit 1970?
70. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Wie hat sich die Zahl der Asylbewerber im Bundesgebiet seit 1970 entwickelt, welches waren insbesondere die Hauptherkunftsländer?
71. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU)
- Wie viele Asylbewerber wurden seit 1970 im Bundesgebiet als politisch Verfolgte anerkannt, und wie hat sich die Anerkennungsquote bei den Hauptherkunftsländern entwickelt?
72. Abgeordneter
Dr. Blank
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Staaten die meisten Asylbewerber aufgenommen hat?
73. Abgeordneter
Dr. Blank
(CDU/CSU)
- Wie viele Ausländer haben 1984 in den einzelnen westeuropäischen Staaten um Asyl gebeten, und wie ist die Belastung der Bundesrepublik Deutschland durch Asylsuchende im Vergleich zu ihren westlichen Nachbarstaaten zu beurteilen?
74. Abgeordneter
Vogel
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung angesichts der im Raume Berchtesgaden zu erwartenden gravierenden Umweltschäden bei Durchführung der Winterolympiade vor der Entscheidung die Erar-

- beutung einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung veranlassen und von deren Ergebnis die Unterstützung der Bewerbung um die Spiele abhängig machen?
75. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Durch welche konkreten Maßnahmen wird das Bodenschutzkonzept der Bundesregierung umgesetzt, und wie wird dabei die „Verbesserung der Grundwasserneubildung“ mit besonderem Gewicht verfolgt?
76. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich in dem Zweigwerk Bergkamen des Chemie-Konzerns Schering am Montag, dem 16. September 1985, ein Unfall mit dem Giftgas „Phosgen“ (Bhopal-Gift) ereignet hat, bei dem vier Werksangehörige zu Schaden gekommen sind, wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?
77. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß ständig bis zu 15 Tonnen dieses Giftes auf dem Bergkamerener Schering-Gelände lagern und sowohl für die Beschäftigten des Werkes als auch für die Bevölkerung im weiten Umkreis eine latente Gefahr darstellen, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung die Produktion, den Transport, die Lagerung, Verarbeitung und Verkauf von „Phosgen“ endlich in der Bundesrepublik Deutschland zu verbieten?
78. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung durch den ständig anwachsenden Verbrauch alkalifreier Seifen eine zusätzliche Bedrohung der Reinheit von Gewässern und Grundwasser, und was gedenkt sie gegebenenfalls dagegen zu tun?
79. Abgeordneter
Duве
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Mitteilung des „stern“ (Nummer 39, S. 188) bestätigen, wonach eine Einsatzgruppe des Bundeskriminalamtes, Herrn Dirk Lohmann im Zuge einer Terroristenermittlung, bei der die Fahnder die Wohnung von Herrn Lohmann auf Grund eines von ihm geäußerten Verdachts mehrere Tage lang besetzt hielten, im Landeskrankenhaus für psychisch Kranke, und dort in der geschlossenen Abteilung untergebracht hat?
80. Abgeordneter
von Hammerstein
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Ergebnisse und Empfehlungen der sogenannten Bulling-Kommission zur Modernisierung und Flexibilisierung der Landesverwaltung in Baden-Württemberg bekannt (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. September 1985)?
81. Abgeordneter
von Hammerstein
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, Empfehlungen der Bulling-Kommission zur Steigerung der Effektivität und Produktivität in der Verwaltungsführung für Bundesbehörden zu übernehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

82. Abgeordneter
Gilges
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Mitteilung des Verbandes „Anwalt des Kindes“ (VAK) bestätigen, wonach im Jahre 1983 nur jeder fünfte Jugendliche in einem Verfahren vor dem Jugendrichter einen Verteidiger hatte, sowie in einem Verfahren vor den Jugendschöffengerichten nur jeder zweite Jugendliche einen Rechtsbeistand hatte, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diese Situation?
83. Abgeordneter
Gilges
(SPD)
- Will die Bundesregierung den Vorschlag des Verbandes „Anwalt des Kindes“ unterstützen, Jugendlichen und Heranwachsenden in jedem Strafverfahren einen Verteidiger oder einen sozialpädagogischen Beistand zur Seite zu stellen, und wenn ja, mit welchen entsprechenden Maßnahmen will die Bundesregierung diese Forderung realisieren?
84. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen Zeitschriften wie z. B. „Radikal“ in Göttingen oder „Freiraum“ in München erscheinen, in denen zu Sabotage- und terroristischen Handlungen aufgerufen wird und in denen detaillierte Anleitungen zur Herstellung von Sprengsätzen gegeben werden?
85. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung vor diesem Hintergrund bereit, die Wiedereinführung der 1981 gestrichenen Straftatbestände gegen das verfassungsfeindliche Befürworten von Straftaten sowie gegen das Verbreiten von Anleitungen zu schweren Straftaten (§§ 88a und 130a StGB) zu prüfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

86. Abgeordneter
Lattmann
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß bei der Gewerbeanmeldung der Kundendienstniederlassung einer deutschen Aktiengesellschaft, deren Vorstandsmitglieder im Handelsregister eingetragen sind, beispielsweise die Geburtstage dieser Vorstandsmitglieder und die Geburtsnamen ihrer Mütter anzugeben sind, und dient die Erhebung solcher Daten in diesem Zusammenhang einer wirtschafts-, gesellschafts-, struktur- oder allgemeinpoltisch wünschenswerten Erkenntniserweiterung und gegebenenfalls welcher, oder sind hier noch Kräfte am Werk, die von den Entbürokratisierungsabsichten dieser Bundesregierung bisher nicht erfaßt bzw. nicht beeindruckt wurden?
87. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die häufig gehörte Auffassung, daß der schnelleren Markteinführung von bleifreiem Benzin die Schwierigkeit vieler Tankstellen entgegensteht, die erforderlichen Zusatz- und Umrüstungsinvestitionen zu

finanzieren, und hält sie – gegebenenfalls – zusätzlich zu einer stärkeren Spreizung der Mineralölsteuer auf verbleiten und unverbleiten Treibstoff weitere Förderungsmaßnahmen für erforderlich?

88. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)

Wie hat sich die Zuschußgewährung zur Umrüstung von Tankstellen aus Mitteln des Haushalts des Bundesministers für Wirtschaft entwickelt, und in welchem Umfang werden für diesen Zweck zinsgünstige Kredite aus Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Lastenausgleichsbank in Anspruch genommen?

89. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Behandlung einiger zwischen den Sozialpartnern vereinbarter Ausbildungsordnungen durch den Bundesminister für Wirtschaft, die auch vom DGB kritisiert wurden?

90. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, Vereinbarungen der Sozialpartner über neue Ausbildungsordnungen in den zuständigen Ministerien im Interesse der notwendigen qualitativen Verbesserung der Ausbildung zügiger als bisher umzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

91. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß als Folge des österreichischen Weinskandals auch deutsche Weine sowohl im In- als auch im Ausland auf Absatzschwierigkeiten stoßen, und teilt sie meine Auffassung, daß dadurch bedingt die Gefahr besteht, daß während der Traubenernte sich das sogenannte Herbstgeschäft nachteilig entwickeln kann?

92. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zur Verbesserung des Absatzes deutscher Weine und zur Stabilisierung des Herbstgeschäftes, insbesondere auch für die Einlagerung von Wein, entsprechende Maßnahmen einzuleiten?

93. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Trifft es zu, daß Züchter für die Prüfung resistenter Sorten erheblich mehr Mittel aufwenden müssen als für die Prüfung von Sorten, die nur zusammen mit entsprechenden Herbiziden etc. eingesetzt und geprüft werden müssen, und wäre es nicht umweltpolitisch wichtiger, einen Anreiz zur Züchtung resistenter Sorten durch niedrigere Prüfungsgebühren für diese Sorten zu schaffen?

Berichtigung

In der Drucksache 10/3795 muß es bei Frage 95 heißen: „Stutzer (CDU/CSU)“.

Bonn, den 20. September 1985